

Karl Stürmer

Die Lage  
und die nächsten Aufgaben  
des deutschen Proletariats

Preis 20 Pfennig

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek

Ga

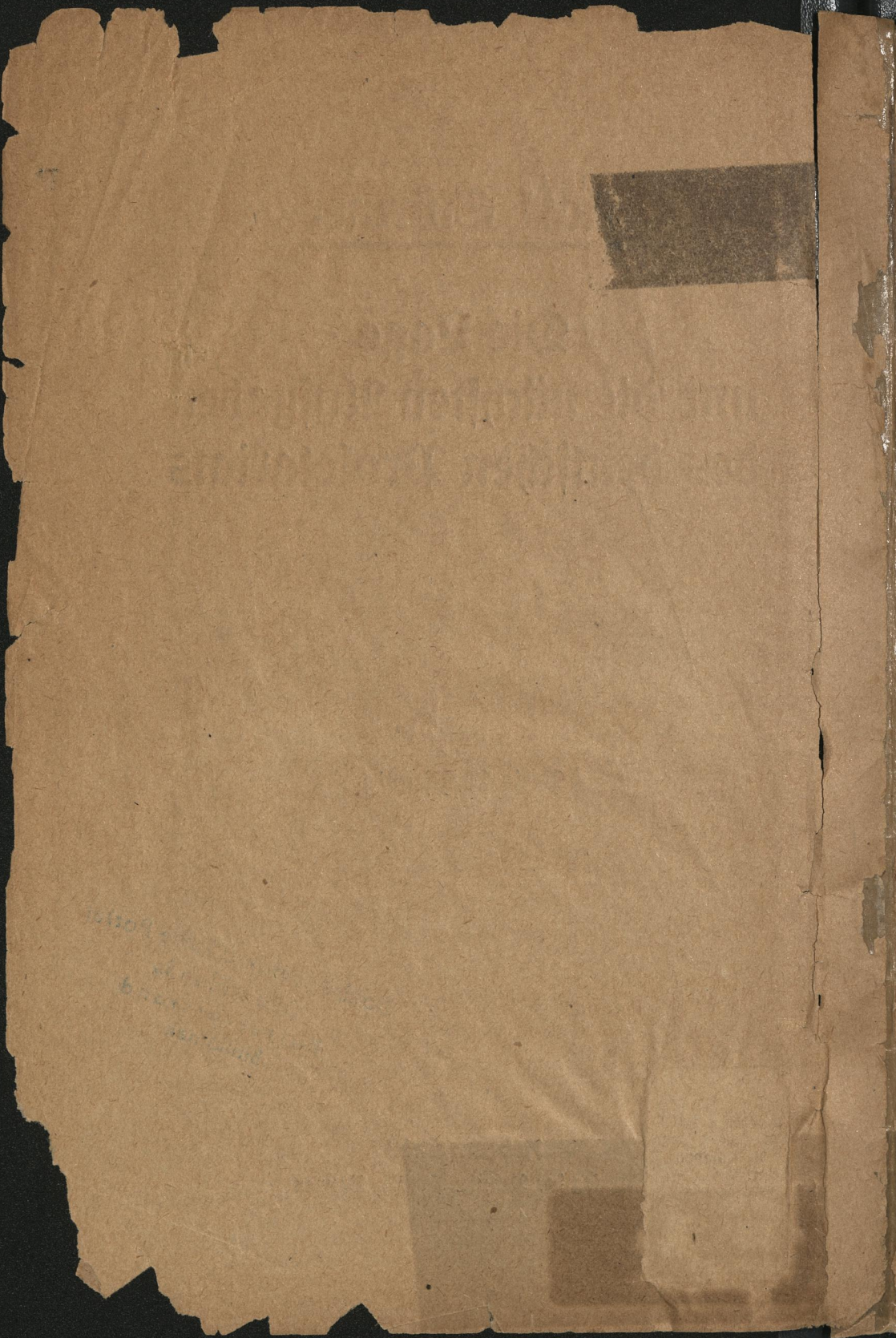
Februar 1919

Verlag der Arbeiter-Politik, Bremen

A95567

Friedrich  
Bibliothek

0.



# Die Lage und die nächsten Aufgaben des deutschen Proletariats.

Von Ebert — Haase bis Ebert — Noske.

Die deutsche Sozialdemokratie hat vor dem Ausbruch der deutschen Revolution, als der Klassenkampf des Proletariats immer mehr den Charakter revolutionärer, politischer Aktionen annahm, als revolutionäre Partei des deutschen Proletariats versagt. Dabei bestand kein wesentlicher, grundsätzlicher Unterschied zwischen der Mehrheit und der Minderheit (Unabhängige) der deutschen Sozialdemokratie. Die ganze Sozialdemokratie ist, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften, an den kapitalistischen Staat gebunden. Die Sozialdemokratie ist die Wahlorganisation für den bürgerlichen Parlamentarismus, und die Gewerkschaften sind die Organisationen für die Auseinandersetzung der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus mit den Kapitalisten über die Arbeitsbedingungen. Beide Organisationen sind ihrem Wesen nach unfähig, revolutionäre proletarische Politik zu treiben\*. Und so hat die Sozial-

\* Ueber die Gewerkschaften während der Revolutionszeit sprach in einer Vorstandskonferenz der Gewerkschaften der Gewerkschaftshauptling Legien. Er erwähnte — nach einem Bericht des „Vorwärts“ — zunächst die Versuche zur Ausschaltung und Vergewaltigung der Gewerkschaften, wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen. Das Räteystem sei überhaupt keine oder jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zersplittere es die Einheit des Berufszweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf: jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Räteystem liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisation und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar. Vielleicht empfehle es sich, präziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen gewerkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen.

Im Sinne der Ueberflüssigkeit und der Notwendigkeit der Beseitigung des einzigen Erfolges der Revolution, der U.- und S.-Räte, hat sich ja auch der Säupfing der Mehrheit der Sozialdemokratie, Scheidemann, geäußert.

Und die bankrotten Geister der Unabhängigen, die Kautsky und Silberding, wollen die U.- und S.-Räte zu Puppen in der Hand des Kapitalismus machen, die politisch nichts zu sagen haben und nur bei wirtschaftlichen Dingen zugezogen werden sollen. Das wäre schlimmer wie die Beseitigung der U.- und S.-Räte, weil die Unabhängigen mit ihrer verlogenen „revolutionären“ Darstellung der Arbeiterschaft etwas als bedeutend vorläuschen, was keine Bedeutung für das Proletariat hat und dadurch einen intensiven revolutionären Kampf verzögert und hemmt.

PV 1363 A35567

demokratie denn auch, als der imperialistische Weltkrieg ausbrach, nicht die einzige Möglichkeit zu seiner Verhinderung, den revolutionären Kampf der Arbeiter gegen das imperialistische Kapital, proklamiert und geführt, sondern sie hat die verlogene Parole der Imperialisten, die da sagten, es gehe bei dem Kriege um die Verteidigung des deutschen Vaterlandes, selbst angenommen und den Krieg unterstützt. Und wenn die Minderheit der deutschen Sozialdemokratie später in den Abstimmungen des Parlaments die Kriegskredite ablehnte, so tat sie dies nicht, weil sie grundsätzlich die verlegene Parole des Kapitalismus, die Landesverteidigung ablehnte und den revolutionären Kampf des Proletariats aufnehmen wollte, sondern weil sich im Proletariat immer mehr die Erkenntnis des imperialistischen Charakters des Weltkrieges durchrang und deshalb diese Minderheit der Sozialdemokratie hoffte, durch revolutionäre Worte und die Ablehnung der Kriegskredite die den imperialistischen Charakter des Weltkrieges erkennenden Massen für sich einzufangen.

Die ganze deutsche Sozialdemokratie, Mehrheit wie Minderheit, wollte nicht die Revolution, sondern sie schwärmte geschlossen für die Herrschaft des Weltkapitals über das Proletariat, für den kapitalistischen Völkerbund mit Schiedsgerichten und „Abrüstung“. Noch kurz vor Ausbruch der Novemberrevolution betrieb die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie noch den schärfsten Kampf gegen die aufkommende revolutionäre Bewegung. Und die Minderheit, die Unabhängigen, lehnten jede revolutionäre Tätigkeit ab und wiesen in Parlamentserklärungen die revolutionäre Tätigkeit der in ihrem Rahmen organisierten Spartakusleute weit von sich.

Aber die Novemberrevolution kam trotzdem, und nun ging die deutsche Sozialdemokratie zum Opportunismus, zur Rechnungsträgerei gegenüber der Revolution über. Sie stellte sich schnell auf den „Boden der Revolution“. Fast überall traten Mehrheit und Minderheit der deutschen Sozialdemokratie entweder noch vor Ausbruch der Revolution oder kurz nach Ausbruch derselben in Verhandlungen ein und schlossen Kompromisse ab über die Besetzung der U.- und S.-Räte und die nach der Revolution neu zu besetzenden bürgerlichen Regierungsorgane. Die Krönung von dieser Regierungsbilderei hinter dem Rücken des Proletariats bildete die Besetzung der bürgerlichen Reichsregierung von der Regierung Ebert-Haase.

Große Hoffnungen setzte das deutsche Proletariat in diese Regierung, und an revolutionären Worten und Versprechungen ließ diese es auch zunächst nicht fehlen. Aber schon sehr bald zeigte sich, daß die regierende Sozialdemokratie auch während der Revolution ihr gegenrevolutionäres Wesen nicht abgestreift hatte. Statt eine revolutionäre Politik zu betreiben, statt das Proletariat zu bewaffnen, das bürgerliche Heer zu demobilisieren und Waffen und Munition aus den Händen der Instanzen des kapitalistischen Heeres in den Besitz einer roten Armee überzuleiten, statt die Enteignung des Kapitalisten durchzuführen und die sich dagegen erhebende Bourgeoisie niederzuschlagen, betrieb die Regierung Ebert-Haase, sobald die revolutionären Bewegungen des deutschen Proletariats etwas nachließen, eine reaktionäre Politik. Der Prozeß der Beseitigung

bürgerlicher Regierungsorgane durch die U.- und S.-Räte wurde von der Regierung Ebert-Saase gehemmt und aufgehoben, ja, schon beseitigte bürgerliche Regierungsorgane wurden von ihr wieder eingesetzt. Zur wirtschaftlichen Vernichtung des Kapitals, zur Enteignung der Produktionsmittel wurde nicht ein einziger Schritt getan. Um aber das danach schreiende Proletariat zu käufchen, wurde unter Führung der U. S. P. eine Sozialisierungskommission eingesetzt. Die bürgerliche Presse durfte ungehindert weitererscheinen, die Regierung tat nichts, um der Arbeiterpresse durch Beschlagnahme von Papier und von Betriebsmitteln eine wirkliche Pressefreiheit zu geben.

Mit jedem Tage wurde die Bourgeoisie frecher in ihrer gegenrevolutionären Tätigkeit. Mit jedem Tage stieg aber auch der Protest des revolutionären Proletariats, besonders in Berlin, gegen die gegenrevolutionäre Politik der Regierung Ebert-Saase. Demonstrationen, Massenstreiks ergänzten einander und wechselten einander ab, die Arbeiterschaft stellte politische und wirtschaftliche Forderungen und trat zu ihrer Durchsetzung in Streiks ein, kurz, der Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die ihn beschützende Regierung Ebert-Saase entbrannte auf der ganzen Linie. Er erreichte in Berlin seine höchste Steigerung in dem Januarausstand des Proletariats.

Schon vorher, Ende Dezember 1918, hatte sich die Minderheit (Unabhängige) von der Regierung zurückgezogen; sie hatte zwar bis dahin gemeinsam mit der Mehrheit eine gegenrevolutionäre Politik betrieben unter reichlichem Gebrauch von revolutionären Worten und Versprechungen, doch hatten inzwischen große Teile der Arbeiterschaft und darunter auch die Parteimitglieder der Unabhängigen, die Politik der Ebert-Saase als gegenrevolutionär erkannt und waren in Opposition und offenen Kampf zu ihr getreten. Herr Saase und Genossen trugen dieser Stimmung der Arbeiterschaft Rechnung und benutzten das militärische Niederschlagen der Arbeiterdemonstration in Berlin am 24. Dezember 1918 als Vorwand zum Austritt aus der Regierung, nachdem sie vorher schon ein Blutbad unter der Berliner Arbeiterschaft hatten vorübergehen lassen, ohne aus der Regierung auszuscheiden.

Nach dem Austritt der Saase und Genossen trat der Teil der deutschen Sozialdemokratie aus der Reichsregierung ab, der die spezielle Aufgabe ausführte, durch revolutionäre Worte die Arbeiterschaft hinwegzukäufchen über die reaktionären Handlungen, die zu gleicher Zeit von der ganzen Sozialdemokratie als Dienerin des Bürgertums vollzogen wurden. Dies Element hatte im Kampfe gegen das revolutionäre deutsche Proletariat schon im Dezember 1918 versagt. Es trat ab, und an seine Stelle trat zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats der brutale Militarismus, personifiziert in der Gestalt des „Arbeiters“ Noske. An die Stelle der Regierung Ebert-Saase trat die Regierung Ebert-Noske. Dieser Wechsel ist der Ausdruck einer neuen Etappe in der Entwicklung der Gegenrevolution in Deutschland, des entschlossenen, rücksichtslosen militärischen Vorgehens gegen das revolutionäre Proletariat.

Während des Januar-Aufflandes des Berliner Proletariats schaffte sich das Bürgerlum unter der Führung des „Arbeiders“ Noske die ersten Weißen Gardien, die hauptsächlich aus Studenten, Offizieren und Bürgern bestanden. Mit der kältesten Rücksichtslosigkeit ließ Ludendorff-Noske diese Gardien gegen das revolutionäre Proletariat vorgehen. Er ließ sie schießen, zerstören, plündern und morden.

Und nachdem die Weißen Gardien in Berlin gesiegt hatten, erhob die Gegenrevolution mit brutaler Offenheit ihr Haupt. An den Orten, wo das Proletariat die Herrschaft des Bürgerlums bedrohte, traten Beamte, Betriebsleiter und andere bürgerliche Elemente, die während der Novemberrevolution gezittert und gebebt hatten, in Streiks gegen die Revolution ein. Auf das Produkt der Haase-Regierung, die Komödie Sozialisierungskommission, glaubt die Regierung Ebert-Noske verzichten zu können und ließ sie abtreten. Um das Proletariat unter die schärfste Ausbeutung durch das Kapital zu zwingen, ist die Regierung Ebert-Noske jetzt schamlos genug, Gewaltmittel anzuwenden.

Sie läßt weiter auf Arbeiter und Soldaten schießen. Die Bremer Räteregierung, die sich am 10. Januar nach einem Siege des Bremer Proletariats über das Bürgerlum gebildet hatte, hat sie durch das Finanzkapital zunächst regierungsunfähig gemacht, und sie ist dann dazu übergegangen, durch die Entsendung der Weißen Gardien nach Bremen die Räteregierung ganz zu versagen und das Bremer Proletariat wieder unter eine bürgerlich-sozialpatriotische Regierung zu knechten.

Der Boden unter der Regierung Ebert-Noske schwankte nach dem Siege über das Bremer Proletariat stark. Noch noch hat sie sich hinübergereizt in die Nationalversammlung und fühlt sich nun angefichts der Eröffnung dieses Hauptwerkes, das sie geleistet hat für die Sozialdemokratie und das Bürgerlum, im Vollgefühl des Erfolges und der Kraft. Die durch rein bürgerliche Vertreter ergänzte neue Regierung mit Ebert und Ludendorff-Noske wird auf dem Wege des Bürgerkrieges gegen das deutsche Proletariat weiterschreiten müssen, ob sie will oder nicht. Würde sie es nicht wollen, wofür aber gar keine Aussicht besteht, so würden die Herren der Weißen Garde, das Großkapital, der Großgrundbesitz und die von Pritzelwitz, Märker und Berstenberg, über sie hinweggehen und es ohne sie tun.

## Die Nationalversammlung.

Das erste Geschrei, was die deutsche Bourgeoisie, nachdem sie sich von dem Schrecken des 9. und 10. November erholt hatte, erhob, war die Forderung einer Nationalversammlung. Wir Kommunisten bekämpften von vornherein den Plan einer Nationalversammlung als konterrevolutionär. Die Zeit für eine allgemeine Volksvertretung ist erst dann gekommen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie vollständig gebrochen ist, wenn die Gehirne der Arbeiter von der geistigen Versklavung durch den Kapitalismus befreit sind, wenn der Sozialismus verwirklicht worden ist. Solange wie dies nicht der Fall ist, ist eine Nationalversammlung

stets ein Hemmnis der Revolution, ein Instrument des Kampfes gegen die Revolution.

Die ganze deutsche Sozialdemokratie, Mehrheit und Unabhängige, hat auch in dieser Frage vollkommen im Lager des Kapitalismus gestanden. Schon die Regierung Ebert — Haase beschloß die Einberufung der Nationalversammlung, und die Regierung Ebert — Noske setzte ihre Wahlen mit Waffengewalt durch. Sie wurde gewählt, und das Ergebnis ist eine bürgerliche Mehrheit.

Und das ist gut so; denn dadurch trifft der gegenrevolutionäre Charakter dieses Parlaments auch für die Arbeiter klar in Erscheinung, die sich noch von den revolutionären Worten und Versprechungen der Sozialdemokratie irreführen lassen. Die erste Tat dieser Nationalversammlung ist die Bildung einer zum Teil sozialdemokratischen, zum Teil rein bürgerlichen Regierung, die ebenso aussteht wie die Regierungen während des Weltkrieges. Und die zweite Tat war die Annahme einer Verfassung, die den A.- und S.-Räten keine Existenz in Deutschland einräumt.

Seute ist es auch dem unaufgeklärtesten Arbeiter klar, daß das Proletariat von der Nationalversammlung nichts anderes zu erwarten hat, als die Erdrosselung der A.- und S.-Räte, die Schaffung eines kapitalistisch-demokratischen Staates nach den Mustern Frankreich und Amerika und damit die schärfste Ausbeutung und Knechtung.

### Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte.

Als die politische Spannung am Anfang November 1918 sich so zuspitzte, daß das regierende Bürgertum mit der Revolution zu rechnen begann, traf man Maßnahmen, die darauf berechnet waren, die unvermeidliche Revolution dadurch erfolglos zu machen, daß man selbst A.- und S.-Räte schaffte oder in die entstehenden A.- und S.-Räte Bürgerliche und Sozialdemokraten hineinschob. Unter diesen Umständen und auf Grund der Tatsache, daß die Novemberrevolution ihrem Wesen nach eine Friedensbewegung war, die die Arbeiterrevolution zwar in sich barg, die aber nicht mit einem Siege der Arbeiterrevolution über die Friedensbewegung endete, wurden die deutschen A.- und S.-Räte zwar zu Organen, die durch ihr Dasein dem Ergebnis der revolutionären Ereignisse Rechnung trugen, die aber nicht die Revolution des Proletariats vorwärtstreiben und durchführen konnten. Die meisten deutschen A.- und S.-Räte waren kurz nach der Novemberrevolution ein getreues Spiegelbild der Reichsregierung oder auch umgekehrt. Die Mehrheit und die Minderheit der deutschen Sozialdemokratie halten sich zumeist paritätisch in Besetzung der Arbeiterräte gefeilt. Die Neuwahlen, die bald danach zu den Arbeiterräten stattfanden, wurden fast überall nach einem Wahlsystem vorgenommen, das dem Wahlsystem zum bürgerlichen Parlament sehr ähnlich ist und im Gegensatz zu den Wahlen der Arbeiterräte in Rußland weite Kreise des Bürgertums zur Teilnahme an der Wahl berechnigte. Weiter geschah die Wahl nach

dem dem Kontrollrecht und der Mitarbeit der Arbeiterschaft strikt zuwiderlaufenden Verhältniswahlssystem. Arbeiterräte, die unter der Herrschaft des Proletariats mehr sein müssen als gewählte Parlamentarier, dürfen nur so gewählt werden, daß eine bestimmte Anzahl der Arbeiterschaft einen Delegierten wählt, den sie jederzeit abberufen und durch einen neuen ersetzen kann.

Die Soldatenräte waren von vornherein durch die vorbeugenden Maßnahmen des Bürgertums und die Tatsache, daß das imperialistische Heer auch bürgerliche Elemente in sich hat, stark von rein bürgerlichen Delegierten durchsetzt. Die erste Aufgabe einer proletarischen Räteregierung hätte die Demobilisierung des imperialistischen Heeres und die Schaffung einer proletarischen Roten Armee sein müssen, deren Räte dann die Soldatenräte des imperialistischen Heeres abgelöst hätten. Das geschah nicht, und daher sehen wir, daß dort, wo das deutsche Proletariat lokal die Revolution bis zum Siege über das Bürgertum weitertrug, wie in Bremen, die Soldatenräte offen gegenrevolutionäre Putscherei betrieben und deshalb für die Sicherheit der lokalen proletarischen Regierung zuerst die Reste des imperialistischen Heeres entwaffnet werden mußten und eine Rote Garde geschaffen werden mußte.

Aber die lokalen Siege des Proletariats haben für das deutsche Proletariat nur die Bedeutung von Beispielen, denn die große Mehrheit der deutschen U.- und S.-Räte liegt bis auf den heutigen Tag in den Händen der deutschen Sozialdemokratie und trieb dieselbe Politik, wie die deutsche Reichsregierung. Es ist schon gesagt worden, daß die deutschen U.- und S.-Räte keine Rote Armee schaffen und damit also auch gar keine Grundlage für eine proletarische Politik gegenüber dem Kapitalismus. Sie schritten auch im übrigen nicht auf dem Wege der Arbeiterrevolution weiter, sie vernichteten die bürgerlichen Regierungsorgane nicht, sie eroberten nicht die politische und wirtschaftliche Macht, sondern übten eine bedeutungslose Kontrolle über die bürgerlichen Regierungskörperschaften aus. Sie enteigneten die Produktionsmittel dem Kapitalismus nicht. Abgesehen davon, daß die deutsche Sozialdemokratie, Mehrheit wie Minderheit, dies nicht wollte, können es auch kommunistische U.- und S.-Räte solange nicht tun, wie nicht die Grundlage dazu, eine bewaffnete proletarische Macht, in Deutschland vorhanden war.

Als dann die Reichsregierung im Dezember 1918 mit Waffengewalt auf die gegen diese gegenrevolutionäre Politik kämpfende Arbeiterschaft losging, machten die sozialdemokratischen U. und S.-Räte auch dies mit. Und jetzt, wo das Bürgertum unter dem Befehle des „Volksgenerals“ Ludendorff-Moske die Weissen Garden gegen die U.- und S.-Räte aufmarschieren läßt, wo über den U.- und S.-Räten die Nationalversammlung wie ein Damoklesschwert, was sie jederzeit vernichten kann, schwebt, jetzt regt sich in den U.- und S.-Räten ein Protest (in Worten) gegen die offizielle Politik der Sozialdemokratie. Viel ist von dieser Entwicklung nicht zu erwarten, daß sich die jetzigen sozialdemokratischen U.- und S.-Räte zu Organen der proletarischen Revolution umbilden werden; denn in den vielen reaktionären U.- und S.-Räten sitzen in der Mehrzahl nicht sozialdemokratische Arbeiter, sondern Angestellte der sozial-



demokratischen Partei und der Gewerkschaften, die die gegenrevolutionäre Politik der Sozialdemokratie ohne weiteres durchführen, und nur unter dem Drucke der Revolution des Proletariats zeitweilig revolutionäre Worte reden und Beschlüsse fassen, die sie bei der nächsten Gelegenheit rückgängig zu machen versuchen, wie dies in der Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft in Hamburg und an anderen Orten der Fall ist.

Das deutsche Proletariat hat also auch von der Mehrzahl der jetzigen A.- und S.-Räte nichts im Kampfe gegen den Kapitalismus, in der Revolution, zu erwarten.

Nur A.- und S.-Räte, die lediglich aus Delegierten des revolutionären Proletariats bestehen, können Organe der Revolution und der Herrschaft des Proletariats sein. Und diese A.- und S.-Räte kann nur die kommende proletarische Revolution in Deutschland schaffen.

## Die wirtschaftliche Lage des Kapitals in Deutschland.

Die Novemberrevolution hat dem deutschen Proletariat nicht die Befreiung vom Kapitalismus gebracht; die Produktionsmittel gingen nicht aus dem Besitze des Kapitals in den Besitz der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands über. Alle Konzessionen, wie Lohnsteigerungen und den Achtfundentag, die das Kapital dem kämpfenden Proletariat machte, machte es zur Beruhigung des Proletariats und mit der festen Absicht, diese Konzessionen, sobald es dazu die Macht haben würde, durch Gegenmaßnahmen illusorisch zu machen oder direkt aufzuheben.

Da die sozialdemokratischen Regierungen keine proletarische Politik betrieben, da sie keine proletarische Macht schafften, konnten sie auch nicht, selbst wenn sie gewollt hätten, die Produktions- und Verkehrsmittel enteignen. Das Problem der Sozialisierung besteht überhaupt erst dann für das Proletariat aktuell, wenn die proletarische Revolution gesiegt hat. Da dies in Deutschland noch nicht der Fall, ist es für das deutsche Proletariat eine Sache der Zukunft, und alles, was jetzt von der Sozialdemokratie (Mehrheit und Minderheit) und vom Bürgertum von Maßnahmen zur „Sozialisierung“ geredet und geschrieben oder gar durchgeführt wird, hat in Wirklichkeit nichts mit einer Enteignung der Kapitalisten und der Beseitigung der Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital zu tun und ist nur dazu bestimmt, dies dem Proletariat vorzutäuschen. Eines dieser Täuschungsmittel war auch die von der Regierung Ebert-Noske abgeschobene Sozialisierungskommission.

Die deutsche Volkswirtschaft wird nach wie vor der Novemberrevolution vom Kapital beherrscht. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist also noch identisch mit der Lage des Kapitals in Deutschland.

Das erkannten große Teile des deutschen Proletariats gleich, nachdem der Rausch des 9. und 10. November verflogen war. Es ließ sich durch die wirtschaftliche Lage und das Geschrei des Kapitals nicht vom wirtschaftlichen Kampfe abhalten. In vielen Industriebezirken, besonders in Rheinland-Westfalen, Schlesien und Berlin, brachen Massenstreiks mit poli-

tischen und wirtschaftlichen Zielen aus. Diese Streiks gehen zur Zeit noch weiter, sie ergreifen einen Wirtschaftszweig und ein Wirtschaftsgebiet nach dem anderen.

Das Kapital mußte bisher vor dem Ansturm dieser Streiks zurückweichen und meistens Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zugestehen. Das Proletariat hat sich in diesen Kämpfen nicht irreleiten lassen durch das Geschrei der Diener des Kapitals, der Sozialdemokratischen Partei und Regierung, die durch Plakate, Flugchriften, Reden usw. in die Welt hinausposaunten: „Nach dem wirtschaftlichen Niederbruch Deutschlands durch den Weltkrieg ist Arbeit und wieder Arbeit nötig! Wilde Streiks schädigen das Wirtschaftsleben und die Arbeiterchaft!“ Die ersten beiden Behauptungen sind im Munde der deutschen Kapitalisten und Sozialdemokraten, die viereinhalb Jahre lang ohne Rücksicht auf die Verwüstung des deutschen Wirtschaftslebens und die Ernährung des Volkes einen imperialistischen Weltkrieg mitmachten, eine demagogische Gemeinheit. Die dritte Behauptung, die Streiks schädigten das deutsche Proletariat, ist eine freche Lüge. In Wirklichkeit liegen die Dinge so:

Der kapitalistische Staat Deutschland ist durch die Niederlage im Weltkrieg auch wirtschaftlich zusammengebrochen. Er muß ohne die Belastung mit den Kriegsschädigungen der Sieger jährlich für Zinszahlung und Abtragung der inneren Schuld über 10 Milliarden Mark aufbringen und nach der Belastung mit den Kriegsschädigungen weit über 20 Milliarden. Das wäre nur möglich durch eine Ausbeutung des deutschen Proletariats, wie sie das Proletariat in der jahrzehntelangen Erfahrung darin noch nicht kennen gelernt hat und die nur möglich wäre unter Anwendung drakonischer Gewaltmittel. Den Staatsbankrott, das Mittel verschuldeter Kapitalisten, sich aus einem solchen Zustande zu retten, möchte das deutsche Kapital, weil es selbst in hohem Maße an den Kriegsanleihen beteiligt ist, nach Möglichkeit vermeiden. Aber wenn er auch kommen wird, so ändert dies an der zukünftigen Lage des deutschen Proletariats in einem kapitalistischen Deutschland nichts; denn das Kapital wird dann den durch den Bankrott erlittenen Verlust an Kapital und Zinsen durch eine mit drakonischer Gewalt durchgeführte Ausbeutung des deutschen Proletariats ausgleichen. Und um nun diesen einzigen Rettungsweg aus der jetzigen wirtschaftlichen Lage des Kapitals, die drakonische Ausbeutung des deutschen Proletariats, zu erreichen, deshalb schreien die Kapitalisten und ihre Diener jetzt schon den kämpfenden Arbeitern zu: Ihr dürft nicht streiken! Arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten ist notwendig! Sie schreien dabei, um die Täuschung vollkommen zu machen, von der Erhaltung eines sozialistischen Staates Deutschland, der nicht vorhanden ist.

Jetzt ist die Regierung Ebert — Noske auch schon über das Anschreien der Arbeiter und das Drohen mit Gewalt hinausgegangen und wendet Gewalt gegen das Heer der Arbeitslosen, die „Arbeitscheuen“, wie sie sie nennt, an, um sie bedingungslos unter die brutale Ausbeutung des Kapitals zu zwingen. Dabei sucht die Sozialdemokratie, wie schon einmal bei dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes, dem deutschen Proletariat durch die verlogene Behauptung, auch die Bourgeoisie solle zur Arbeit ge-

zwungen werden, Sand in die Augen zu streuen. Aber das Proletariat streift trotzdem, und die Kapitalisten haben ihm Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zugestehen müssen. Sie haben so viel zugestehen müssen, daß ihre Konkurrenzfähigkeit mit den französischen, amerikanischen und anderen Kapitalisten auf dem Weltmarkt in Frage gestellt ist und damit ihr Profit, ihre wundeste Stelle, in Gefahr ist. Und da sehen wir jetzt, daß dieselben Kapitalisten, die eben noch zu den Arbeitern von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Produktion mahnend redeten, die Produktion, weil der Profit in Gefahr ist, einstellen, trotzdem sie Rohstoffe genügend haben. Sie lassen nicht für die Ausfuhr produzieren, weil sie es nicht mit Profit tun können, und verhindern so, ohne Rücksicht auf die Ernährung des deutschen Volkes, die sie auch während des Weltkrieges nicht gekannt haben, die Einfuhr von Lebensmitteln.

In den Orsen, wo die Herrschaft des Bürgertums vom Proletariat bedroht wird, treten auch die bürgerlichen Elemente, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Kapitals, gestützt auf die allgemeine gegenrevolutionäre politische Lage, in den Streik ein.

Für das deutsche Proletariat ist die einzige Befreiung aus der jetzigen wirtschaftlichen Lage und die einzige Rettung vor der drohenden drakonischen Ausbeutung durch das Kapital die stegende proletarische Revolution und die Durchführung des Sozialismus.

Nach dem Siege der proletarischen Revolution wird das Kapital zunächst der Produktions- und Verkehrsmittel enteignet und damit die Ausbeutung des Proletariats aufgehoben.

Es werden die Kriegsanleihen annulliert. Nur die kleinen Zeichner werden davon verschont bleiben.

Gestützt auf die sich schon in der Entwicklung befindende Weltrevolution und die mit uns verbrüdereten Armeen des russischen Proletariats wird es das deutsche Proletariat dann ablehnen, die Forderungen des Ententeimperialismus zu erfüllen.

Das deutsche Bürgertum wird dann gezwungen werden, an dem Wiederaufbau der durch seinen imperialistischen Weltkrieg vernichteten Produktionsmittel, Verkehrsmittel usw. mitzuarbeiten.

Dann spielen die hohen Preise auch keine hemmende Rolle mehr bei der Ausfuhr von Waren gegen einzuführende Lebensmittel. Da der Kapitalprofit nicht mehr in Frage kommt, wird die deutsche Räteregierung dann die Preise der auszuführenden Waren unabhängig von den Inlandpreisen je nach der Lage des Weltmarktes festsetzen. Innerhalb Deutschlands sind die hohen Lebensmittelpreise nur günstig für die Regierung des Proletariats. Denn während es dem Arbeiter gleich ist, ob er 100 Mk. wöchentlich verdient und 100 Mk. für den Lebensunterhalt ausgibt, oder ob er 200 Mk. verdient und 200 Mk. ausgibt, schmilzt der Geldbesitz des Bourgeois, je höher die Lebensmittelpreise sind, desto schneller zusammen.

Das deutsche und das russische Proletariat werden dann bis zu weiteren Siegen der Weltrevolution ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet bilden, das sich genügend ergänzt in der gegenseitigen Lieferung von

Produktions- und Lebensmitteln. Bis der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland erreicht ist, muß das deutsche Proletariat die wirtschaftlichen Kampfmittel, Streik, Sabotage usw., weiter im Kampfe gegen das Kapital anwenden. Es muß weiter, ohne Rücksicht auf das Geschrei des Kapitals und der ihm knechtisch dienenden Sozialdemokratie, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erkämpfen und die wirtschaftlichen Waffen zur Bekämpfung gegenrevolutionärer Handlungen und Erkämpfung politischer Ziele in Anwendung bringen.

## Die Einigung des Proletariats durch die Unabhängigen.

Als Rettung aus der gegenrevolutionären Periode, in der das deutsche Proletariat heute schmachtet und blutet, verkündet die Minderheit der deutschen Sozialdemokratie, die Unabhängigen, eine Einigung des Proletariats. Sie versichert dabei der deutschen Arbeiterschaft, wie es Krämerseelen bei jedem Geschäft tun, in dem der Kontrahent betrogen werden soll, daß sie diese Einigung nicht im Interesse der U. S. P., sondern im Gesamtinteresse der deutschen Arbeiterklasse und des Sozialismus schließen will. In Wirklichkeit glaubt die Minderheit der deutschen Sozialdemokratie, die U. S. P., mit der die Arbeiterschaft verlockenden Parole: Einigung des deutschen Proletariats, sich aus dem politischen Bankrott zu retten, in dem sie sich jetzt befindet. Im Dezember 1918 stellte es sich klar heraus, daß die revolutionären Worte der Führer der U. S. P. nicht genügten, um die Arbeiter über die gegenrevolutionären Handlungen der Sozialdemokratie hinweg zu täuschen und die Revolution des deutschen Proletariats aufzuhalten. Die Mehrheit der Sozialdemokratie ließ die Minderheit fallen und wendete ihre Methode der rücksichtslosen Gewalt gegen das revolutionäre Proletariat konsequent an. Damit hatte die Todesstunde der Unabhängigen Sozialdemokratie geschlagen, und da ihr Leben steht und fällt mit dem Leben des bürgerlichen Parlaments, kann sie nicht das Organ des revolutionären Proletariats werden, und da das, was sie von der sozialdemokratischen Mehrheit trennt, erledigt ist, so bleibt ihr nich'ts übrig, als den Mut aufzubringen, zu sterben und sich in ihre Elemente aufzulösen. Diesen Mut bringen aber die Parlamentarier, Redakteure usw. der U. S. P. noch nicht auf. Nachdem die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie einen korporativen Zusammenschluß mit der Minderheit abgelehnt hat, versuchen die Unabhängigen krampfhaft, einen neuen Boden zu finden, auf dem sie weiterleben können.

Das geht auch klar hervor aus dem Aufruf der Parteileitung und der Nationalversammlungs-Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie. Nachdem mit revolutionär klingenden Worten die Opposition gegen die Regierung der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht worden ist, wird in dem Aufruf ein Aktionsprogramm aufgestellt, das sich von den gegenrevolutionären Handlungen der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie nur dadurch unterscheidet, daß die Minder-

heit, die Unabhängigen, an Stelle des offenen gewalttätigen Vorgehens gegen das revolutionäre Proletariat das deutsche Proletariat durch Proklamierung von praktisch unmöglichen oder für das Proletariat unbedeutenden Zielen verwirren und zur Revolution unfähig machen will. Die Unabhängigen wollen die jetzigen U.- und S.-Räte in den bürgerlich-parlamentarisch regierten kapitalistischen Staat eingliedern, wobei das Verhältnis der Räte zum Nationalparlament etwa so aussehen soll, wie das Verhältnis des preußischen Landtages zum preußischen Herrenhaus.

Dieses Ziel kann, ganz abgesehen davon, daß in Deutschland die Existenz eines solchen Zustandes unmöglich erscheint, niemals das Ziel des revolutionären Proletariats sein, und seine Propagierung ist ein Versuch, die revolutionäre Arbeiterschaft zu verwirren, eine offenbar gegenrevolutionäre Handlung.

Und auf dieses Programm will die Minderheit der deutschen Sozialdemokratie, die U. S. P., das deutsche Proletariat vereinigen! Die Parole des deutschen Proletariats demgegenüber kann nur heißen: **Alle Arbeiter, alle Arbeiterinnen auf zur Revolution! Hinein in den Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus und seiner Regierungsorgane, der Nationalversammlung, Ministerien usw. und zur Eroberung der vollständigen Herrschaft über die Bourgeoisie durch die Regierungsorgane des Proletariats, die Räte.**

### Die nächsten Aufgaben.

Das deutsche Proletariat kann also weder von der Nationalversammlung den Sozialismus erwarten, noch von den jetzigen U.- und S.-Räten die Vorbereitung und Führung der proletarischen Revolution, noch von der „Einigung des Proletariats“ durch die Unabhängigen die Befreiung von der Blutherrschaft der Gegenrevolutionäre. **Als einzige Lösung aller Fragen und als einzige Rettung drängt sich heute dem deutschen Proletariat immer dringender die große Aufgabe der proletarischen Revolution auf.**

Für die proletarische Revolution arbeitet die wirtschaftliche Lage in Deutschland: die steigende Arbeitslosigkeit und der Konflikt zwischen den Lohnforderungen der Arbeiterschaft und den Profit- und Konkurrenzinteressen des Kapitals; für sie arbeitet die politische Lage in Deutschland: das offene brutale Auftreten der bürgerlichen Gegenrevolution mit ihren Weißen Gardes und der Konflikt der Nationalversammlung und Regierung mit den U.- und S.-Räten.

Zur Revolution ruft das deutsche Proletariat auch die internationale politische Lage auf. Trotz der scharfen Grenzsperrre, die die Staaten der Entente über Meldungen von revolutionären Bewegungen verhängt hat, gelangen fast täglich immer mehr Meldungen aus Frankreich, England, Italien und Amerika zum deutschen Proletariat, die das Wachsen der revolutionären Gärung im Proletariat dieser Länder anzeigen. Der

Ausbruch der proletarischen Revolution in Deutschland würde für das Proletariat in England, Frankreich und Italien die Bedeutung haben, die die Niederlage des deutschen Imperialismus im Weltkrieg für das deutsche Proletariat hatte, sie würde die unmittelbare Voraussetzung für den Anfang der Periode der revolutionären Kämpfe in diesen Ländern sein. Sie wird eine der wichtigsten Stappen zur Weltrevolution sein.

Zur Revolution rufen das deutsche Proletariat auch die kriegerischen Rüstungen der jetzigen gegenrevolutionären Regierung Deutschlands gegen das russische Proletariat und seine Regierung auf. **Die proletarische Revolution in Deutschland muß diesen Feldzug der deutschen Gegenrevolutionäre gegen die russische Revolution zuschanden werden lassen und die Verbrüderung des deutschen mit dem russischen Proletariat herbeiführen.**

Aber die Lage in Deutschland ist so, daß die revolutionäre Tätigkeit augenblicklich nicht in bewaffnetem Vorgehen gegen die Weißen Gardes des Bürgertums bestehen kann. Jeder Kampf des revolutionären Proletariats mit den Weißen Gardes ist dem Bürgertum wegen der gegenwärtigen Uebermacht der Weißen Gardes willkommen. Ja, die Gegenrevolutionäre provozieren jetzt Putschs, um dem Proletariat entmutigende Niederlagen beizubringen und um einen Schein der Berechtigung für den Kampf gegen die revolutionäre Propaganda und Organisation zu bekommen.

Die gegenwärtige Lage zwingt das deutsche Proletariat augenblicklich, zur proletarischen Revolution zu rüsten, d. h. es muß eine revolutionäre Werbetätigkeit geleistet werden, die alles in Deutschland auf diesem Gebiete bisher Gemachte bei weitem übertreffen muß, und es muß eine Organisation geschaffen werden, die die Propagandamittel (Flugblätter, Broschüren, Zeitungen, Redner, Organisatoren usw.) schafft und systematisch unter den Massen zur Wirkung kommen läßt, und die die Führung in der deutschen proletarischen Revolution übernehmen kann.

Auf diese Tätigkeit blicken manche Auch-Revolutionäre, die revolutionäre Tätigkeit nur in der bewaffneten Aktion sehen, mit Verachtung herab. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß gegenwärtig agitatorische und organisatorische Tätigkeit revolutionärer ist als eine militärische Aktion und dringend notwendig ist. Selbstverständlich ist, daß die militärischen Aktionen während der Revolution und auch zu anderen Zeiten eine entscheidende Rolle spielen. Aber jetzt ist agitatorische und organisatorische Arbeit notwendig, um, wenn es soweit ist, mit Erfolg handeln zu können.

Die Propaganda muß aufklären über die gegenwärtige politische Lage, über Ziel und Durchführung der proletarischen Revolution und anfeuern zur Revolution. Sie muß an die Proletarier in den Arbeitsstätten, an die Arbeiter-Soldaten in den Resten des alten imperialistischen Heeres und an die indifferenten oder irreführten Proletarier in den Weißen Gardes gelangen.

Diese Tätigkeit muß ausgeführt werden von der revolutionären Organisation des deutschen Proletariats, aber sie muß als Basis das

Klassenbewußte Interesse der großen Masse des deutschen Proletariats an der Revolution haben. Die große Masse des revolutionären Proletariats muß die Geldmittel aufbringen, die zur Schaffung der Werbemittel durch die Organisation notwendig sind. Auch das russische Proletariat hat sich in der Periode der revolutionären Kämpfe, im Juli bis November 1917, in einer ähnlichen Situation wie jetzt das deutsche befunden. Die Lage der Revolution in Rußland verlangte damals auch eine revolutionäre Werbetätigkeit in allergrößtem Maßstabe, und dazu hatte die Organisation des revolutionären russischen Proletariats, die Bolschewiki, sehr viel Geld notwendig. Die Bolschewiki appellierten an das Proletariat, und binnen kurzer Zeit brachte allein das Petersburger Proletariat Hunderttausende Mark auf. Das deutsche Proletariat muß jetzt durch die Tat zeigen, daß es nicht weniger Intelligenz und Klassenbewußtsein besitzt als das russische Proletariat.

Die Organisation, die diese Tätigkeit auf dem Gebiete der revolutionären Propaganda, der Organisation und Führung des Kampfes zu leisten hat, kann nur die kommunistische Partei Deutschlands sein. Sie muß in sich den vorgeschrittensten Teil des deutschen Proletariats, seine Vortrupps im Klassenkampf, enthalten. Ihre Stärke darf nicht in einer hohen Mitgliederzahl bestehen, sondern in der Erfassung der revolutionär-aktivsten und vertrauenswürdigsten Arbeiter und Arbeiterinnen. Erst vor kurzem entstanden und noch in der ersten Entwicklung begriffen, hat die kommunistische Partei Deutschland noch nicht die notwendige Festigung und Klarheit im Sinne einer revolutionären Kampfesorganisation erhalten. Diese so schnell wie möglich zu erreichen, ist dringend notwendig und äußerst wichtig. Die Lösung all dieser Aufgaben muß schnell geschehen, wenn das deutsche Proletariat gegenüber den Maßnahmen der Gegenrevolutionäre nicht ins Hintertreffen geraten will und dann befestigt werden und noch jahrelang unter der Anfechtung des Kapitals schmachten will. Die Lösung dieser Aufgaben führt das deutsche Proletariat

**zur proletarischen Revolution, zur Verbrüderung  
mit dem russischen Proletariat, der Weltrevolution  
und dem Sozialismus entgegen.**

